

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Gartenstadt

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Freitag, den 28.02.2020
Sitzungsbeginn:	15:00 Uhr
Sitzungsende:	17:05 Uhr
Ort, Raum:	Gartenstadt-Cafe, Königsbacher Straße 14

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Andreas Rennig

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Katharina Sommer

Eva-Maria Uebel

Ulrich Sommer

Birgitta Frings

Lukas Muciek

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Markus Lemberger

Stefan Klee

Elisabeth Schäfer

Norbert Kimpel

Barbara Lemberger

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Joachim Vocke

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Claus Guntrum

Martina Holzbecher

FWG-Ortsbeiratsmitglied

Markus Sandmann

Hans Arndt

Schriftführer/in

Brigitte Kachelmeier-Schmitt

Entschuldigt fehlten:

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Manfred Hartinger

Dr. Peter Uebel

Ibrahim Yetkin

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Vorstellung "Arbeitskreis Ernst-Reuter-Siedlung"
Vorlage: 20201274
4. Grundsatzdiskussion "Einführung digitale Ratsarbeit in den Ortsbeiräten"
Vorlage: 20201191
5. Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Ortsbeiratsfraktion
Vorstellung Konzept Umgestaltung Ladenzeile
Vorlage: 20201235
6. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Einrichtung eines Behindertenparkplatzes in der Kärntnerstraße
Vorlage: 20201252
7. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Querungshilfe Ahornweg-Leininger Straße-Friesenheimer Weg
Vorlage: 20201262
8. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Ortstermin wegen Überdachung an der Bushaltestelle Gartenstadt/ Marienkrankenhaus
Vorlage: 20201275
9. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Bushaltestelle Niederfeldstraße/ Karlsbader Straße
Vorlage: 20201263
10. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Instandsetzung des Spielplatzes in der Dackenheimmer Straße
Vorlage: 20201253
11. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Grünpflege der Sitzinseln auf dem Grünstreifen Raschigstraße
Vorlage: 20201279
12. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Aufräumarbeiten vor dem Volkshaus Gartenstadt
Vorlage: 20201278
13. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Baumfällungen in der Gartenstadt
Vorlage: 20201232

14. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Flächen zur Nutzung für die Artenvielfalt
Vorlage: 20201264
15. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Nächtliche Schüsse im Maudacher Bruch
Vorlage: 20201233
16. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Dynamische Fahrgastanzeige (DFI-Light) an der Haltestelle Marienkrankenhaus
Vorlage: 20201277
17. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Kontrollen im Volkspark
Vorlage: 20201234

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Gartenstadt war beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Ortsbeirat der Gartenstadt in einer Schweigeminute dem verstorbenen ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig.

Ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung erteilt Ortsvorsteher Andreas Rennig dem Ortsbeiratsmitglied Claus Guntrum das Wort. Dieser stellt die Frage, warum die Ortsbeiräte die Stellungnahmen der Verwaltung nicht vor der Sitzung einsehen dürfen. Er ist der Meinung, dass dies zu einer besseren Vorbereitung auf die Sitzung von Vorteil wäre.

Ortsvorsteher Andreas Rennig wird sich die rechtlichen Hintergründe beim Bereich Recht (Gremien) einholen und die Ortsbeiratsmitglieder zeitnah über das Ergebnis informieren.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Bürgern bzw. Einwohnern gestellt.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Ortsvorsteher Andreas Rennig informiert bzw. verliest Nachfragen zu Stellungnahmen aus der Sitzung vom 29.11.2019:

Nachtbuslinie Von-Kieffer-Straße/Kärntner Straße

Stellungnahme der rnv

Wie bereits am 19.11.2019 in unserer Stellungnahme zur Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Gartenstadt "Nachtbuslinie Von-Kieffer-Straße/Kärntner Straße" für die OBR-Sitzung am 29.11.2019 (Vorlage Nr.: 20190798) mitgeteilt, werden die Kärntner Str. und damit die in der Kärntner Str. gelegenen Haltestellen Kärntner Str. und Pommenstr. seit dem 07.01.2020 durch die zu diesem Termin in Betrieb genommene neue Nachtbuslinie 95 bedient. Somit gibt es nun seit dem 07.01.2020 eine Nachtbuslinie in der Kärntner Straße. Der Beschluss zu dieser Linienmaßnahme wurde am 24.06.2019 vom Stadtrat der Stadt Ludwigshafen unter TOP 8 der Beschluss zur "Erweiterung des Buslinienetzes in Ludwigshafen vor dem Hintergrund der anstehenden Baumaßnahmen an den Hochstraßen" (Vorlage Nr.: 20197230) gefasst.

Unzulässige Auffahrhilfen

Stellungnahme (Bereich Tiefbau):

Die notwendigen Anpassungsarbeiten im öffentlichen Verkehrsbereich erfolgen nach den Konditionen des aktuellen Rahmenzeitvertrages (LV-Kleinarbeiten) als sog. Einzelmaßnahmen. Eine Preisanpassung beim Zusammenschluss mehrerer Grundstückseinfahrten ist somit grundsätzlich ausgeschlossen. Es besteht jedoch die Möglichkeit der Beauftragung eines Straßenbauunternehmens in Abstimmung mit dem Bereich Tiefbau von privater Seite. Hier könnten sich mehrere Grundstückseigentümer(innen) zusammenschließen und den Preis frei verhandeln. Auch mobile Auffahrhilfen stellen eine Gefährdung des fließenden Verkehrs dar und sind somit grundsätzlich unzulässig.

Straßenrandbefestigung Niederfeldstraße, gegenüber Ladenzeile

Stellungnahme (Bereich Tiefbau):

Der Pflanzung eines Baumes oder Busches kann nicht entsprochen werden. Alternativ wird der Bereich Tiefbau prüfen, ob Findlinge aufgestellt werden können.

Wurzelsanierung Platanen Maudacher Straße

Stellungnahme (Bereich Tiefbau):

Wie durch den Bereich Bauverwaltung mitgeteilt, werden alle öffentlichen Straßen im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein regelmäßig kontrolliert. Die Durchführung dieser Kontrollen obliegt dem Team Straßenkontrolle/Straßenunterhaltung in der Abteilung Straßenbau beim Bereich Tiefbau. Im vorliegenden Fall wurde am 12.02.2020 eine zusätzliche Kontrolle des angezeigten Bereichs der Maudacher Straße durchgeführt. Die vorgefundenen Mängel wurden erfasst, entsprechende Aufträge zur Behebung an den Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen erteilt.

Optimierung des Nachtbusses Nr. 94 durch die rnv

Stellungnahme der rnv:

Eine Anbindung des Bereichs Karlsbader Str. im Nachtbusverkehr durch eine Erweiterung der Linienführung der bestehenden Linie 94 wäre grundsätzlich möglich. Der Fahrweg müsste – vom ursprünglichen Antrag abweichend – vom Berliner Platz bzw. der Raschigstr. kommend von der Niederfeldstr. über Damaschkestr. – Heuweg – Karlsbader Str. zur Endhaltestelle Niederfeld in der Niederfeldstr. verlaufen. Von dort würde wie bisher über die Niederfeldstr. zurück zur Raschigstr. und weiter Richtung Berliner Platz gefahren werden.

Die dabei erforderliche Neueinrichtung eines weiteren Haltestellenstandortes Damaschkestr. wäre aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde in der Damaschkestr. möglich. Die Nachtigalstr.

erscheint dagegen für planmäßige regelmäßige Befahrung durch Linienbusse ungeeignet. Den zusätzlich bedienten Haltestellen Heuweg, Berufsbildungszentrum und Karlsbader Str. steht dabei keinerlei Reduzierung der Bedienungshäufigkeit der bisher von der Linie 94 angefahrenen Haltestellen gegenüber. Lediglich die Fahrzeit zur Endhaltestelle Niederfeld verlängert sich durch die zusätzliche Schleifenfahrt über die Karlsbader Str. um vsl. 3 Minuten. Eine kostenneutrale Umsetzung erscheint möglich: Der (sehr geringe) fahrleistungsabhängige Mehraufwand für den erweiterten Fahrweg wird durch in Folge der verbesserten Erschließung zu erwartende Fahrgaststeigerungen kompensiert. Der zeitliche Mehrbedarf ist durch Reduzierung der an der Endhaltestelle Niederfeld bisher vorhandenen Wendezeit abzudecken.

Wichtiger Hinweis:

Dem Fahrpersonal muss an der Endhaltestelle Niederfeld in der verbleibenden Wendezeit die Möglichkeit zu einem Toilettengang gegeben werden. Daher bleibt diese Haltestelle als Endhaltestelle definiert, an der die Fahrgäste ggf. das Fahrzeug verlassen müssen. Dies bedeutet, dass Fahrgäste, die von den Haltestellen im Verlauf der neu anzubietenden Schleifenfahrt (Heuweg, Berufsbildungszentrum und Karlsbader Str.) stadteinwärts fahren möchten, an der Endhaltestelle Niederfeld möglicherweise das Fahrzeug vor Weiterfahrt noch einmal für wenige Minuten verlassen müssen. Sofern unter Berücksichtigung der vorstehenden Randbedingungen vom Ortsbeirat eine Umsetzung befürwortet wird, werden Stadtverwaltung und rnv die erforderlichen weiteren Schritte für eine Umsetzung abstimmen. Bei entsprechender Rückmeldung an die Verwaltung bis spätestens Mitte März 2020 wäre die Umsetzung noch im Jahr 2020 möglich.

Die Fraktionen werden sich beraten und das Ergebnis Ortsvorsteher Andreas Rennig mitteilen.

Parkplatz gegenüber Mundenheimer Friedhof

Stellungnahme (Bereich Grünbetrieb und Friedhöfe):

Auf dem Parkplatz wird die Benutzung durch Parkscheiben vorgegeben. Maximal Parkzeit zwei Stunden. Diese Vorgabe soll kurzfristig umgesetzt werden.

WLAN und Strom aus der Parkbank

Stellungnahme (Bereich Bauverwaltung):

Wir weisen ergänzend darauf hin, dass zu den Kosten der Bank und der Telekommunikation noch die Kosten für die Verlegung einer Strom- und Telekommunikationsleitung hinzukommen (ca. 3.000,00 €). Für die Wartung der Bank müsste zusätzlich ein Vertrag mit der TWL geschlossen werden. Dies alles sind freiwillige Leistungen, die wir aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht vertreten werden können. Wir bedauern, dass wir nicht allen Wünschen der Bürger nachkommen können. Die Aufgabenstellung wurde bereits an Lukom weitergegeben. Wir haben noch keine Antwort erhalten. Wir können Ihnen gerne anbieten, eine oder mehrere vandalismussichere Bänke aufzustellen. Die Jugendlichen können dort mobiles Netz nutzen.

zu 3 **Vorstellung "Arbeitskreis Ernst-Reuter-Siedlung"**

Herr Benno Biedermann, Leiter der Mieterberatung bei der GAG, für den Bereich Soziales zuständig und u. a. für Quartiersmanagement, stellt den AK vor.

Ende der 90er und Anfang der 2000er Jahre wurde ihm der Auftrag vom damaligen Vorstand übertragen, die Ergebnisse der Pflingstweide (Projekt „Unsere Pflingstweide soll attraktiver werden“) auf einen anderen Stadtteil zu beziehen. Ausgewählt wurde die Ernst-Reuter-Siedlung. Am 11.04.2002 wurde den „AK der sozialen Einrichtungen in der Ernst-Reuter-Siedlung“ gegründet, da das Café Familie (dezentrale Beratungsstelle der sozialen Dienste) in der Vergangenheit schon in Richtung Quartiersmanagement gearbeitet hatte, aber durch Einsparungen und Umstrukturierungen nicht mehr betrieben wurde.

Ziel u. a. war es den Leuten eine Identifikation mit ihrem Stadtteil zu ermöglichen.

- 2002 erstes gemeinsames Fest, der Weihnachtsbasar, seit damals immer letzter Freitag im November
- gleichzeitig Prämierung der Aktion schönstes Weihnachtsfest
- Aktion Saubere Stadt, seit 29.06.2002
- 17. Blumen- und Pflanzenmarkt, an einem Samstag im April/Mai, zu dem die Mieter einen Gutschein erhalten, mit dem sie Blumen- und Pflanzen einkaufen können.
- Herbstfest, 4. Samstag im September (bis 2005 Gelände Sachsenstraße, danach Gelände der Jugendfreizeitstätte) mit z. B. Fußballturnieren, u. a. Mädchen Fußball-Turniere, Table-Soccer

In dem Netzwerk des AK sind alle sozialen Einrichtungen, wie Schulen, Kindergärten, LUZIE und alle Einrichtungen die sozial tätig sind. Leider gibt es in der Ernst-Reuter-Siedlung keine Vereinsstrukturen. Des Weiteren wurden über Mieterversammlungen Bewohner gewonnen die Spielplatzpatenschaften übernommen haben. Nach Auflösung des Fußballvereins wurde das Vereinsheim in der Kärntner Str. 17 zur Verfügung gestellt, da über die Spielplatzpatenschaften und die zuvor genannten Aktionen der Mieterinnen und Mieter ein eigener Arbeitskreis gebildet werden konnte und zwar „Wir für die Ernst-Reuter-Siedlung“. Er wird zwar von der GAG moderiert, allerdings sind es die Mieterinnen und Mieter der GAG, die in Eigenregie und viel Engagement agieren und in den von der GAG zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten verschiedene Veranstaltungen anbieten, z. B. den Seniorentreff, der seit 2005 ehrenamtlich betrieben wird. Einmal wöchentlich wird gekocht, es gibt Kaffee und Kuchen und verschiedene Veranstaltungen für die Senioren.

Von 2006-2008 wurde eine Kooperation mit der evangelischen Fachhochschule zum Zwecke der Studie „Leben in der Ernst-Reuter-Siedlung“ gebildet. Die Studie diente dazu die Zufriedenheit, aber auch Ideen und das Älterwerden in einer Siedlung zu erforschen.

2007 wurde das Vereinsheim erweitert, was dazu geführt hat, dass auch überwiegend soziale Einrichtungen es zu einem sehr günstigen Preis nutzen können, u. a. eine Krabbelgruppe, der Kneipp-Verein, Tanzschule uvm.

2009 erstmals Aufstellung eines Weihnachtsbaums, den Kinder Einrichtungen der Ernst-Reuter-Siedlung schmücken.

2011 Umbenennung von „Wir für die Ernst-Reuter-Siedlung“ in „Netzwerk Ernst-Reuter-Siedlung“.

2012-2017 der Gartenstadt-Lauf im Maudacher Bruch von Schülern.

2013 Erscheinen einer Imagebroschüre für alle Einrichtungen. Eine Neuauflage ist geplant.

Außerdem informiert Herr Biedermann auch über die Spiele-Baldachine, wo z. B. Großspiele unter Anleitung von Spiele-Coachen gespielt werden können.

Laut Herrn Biedermann ist das Quartiersmanagement mittlerweile so ausgebaut, dass es ein Selbstläufer geworden ist und in 20 Jahren viel erreicht wurde und viel Herzblut investiert wurde.

Nach seinem Vortrag weist er noch auf die kommenden Veranstaltungen in 2020 hin und lädt die Ortsbeiratsmitglieder herzlich ein, die eine oder andere Veranstaltung zu besuchen:

16.05.2020 Blumen- und Pflanzenmarkt

26.09.2020 Herbstfest

27.11.2020 Weihnachts-Basar

02.12.2020 Weihnachtsbaum-Schmücken

Ortsvorsteher Andreas Rennig und die Fraktionen bedanken sich für den Vortrag und für das Engagement der GAG im Stadtteil Gartenstadt.

zu 4 Grundsatzdiskussion "Einführung digitale Ratsarbeit in den Ortsbeiräten"

Ortsvorsteher Andreas Rennig stellt den Ortsbeiratsmitgliedern die Frage, ob Sie damit einverstanden sind, in Zukunft die Unterlagen/Einladungen zu den Sitzungen in digitaler Form zu bekommen.

Die Ortsbeiratsmitglieder Norbert Kimpel und Ulrich Sommer möchten auch weiterhin ihre Unterlagen in Papierform erhalten.

Die restlichen 13 Ortsbeiratsmitglieder sowie Ortsvorsteher Andreas Rennig wünschen die Zusendung in digitaler Form.

zu 5 Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Ortsbeiratsfraktion Vorstellung Konzept Umgestaltung Ladenzeile

Frau Zodet und Frau Gopalan vom Bereich Stadtplanung stellen dem Ortsbeirat ausführlich ihre konzeptionellen Gedanken zur Umgestaltung der Ladenzeile (Wunsch des Ortsbeirates

aus 2018) Niederfeldstraße vor unter Hinweis, dass der finanzielle Spielraum nicht sehr groß ist bzw. in welchem finanziellen Rahmen man sich bewegen kann.

Schwerpunkt ist der zentrale Bereich vor den Ladengeschäften. Schwerpunktthemen bzw. Wunsch des Ortsbeirates in der Vergangenheit waren u. a. der Pflegezustand/Sauberkeit, ein ordentliches Gesamtbild und eine zeitgemäße Gestaltung. Optik und Funktion des Platzes wurden überprüft und die Funktionalität des Platzes unter dem Sicherheitsaspekt ist gegeben. Bei den Überlegungen zu Maßnahmen wurde in verschiedene Richtungen gedacht.

Der Platz hat eine klassische Rechteckform mit guten Proportionen, passt zur Ladenzeile und ist auch gut zum Verkehrsraum platziert. Eingerahmt von Grün und davor die Parkbuchten. Der Platz besteht aus zwei Bereichen: einmal die Gastronomie (Eisdiele, Bäckerei, Imbiss) und zum zweiten die Physiotherapie-Praxis, internistische Arztpraxis, Schreibwaren-Lotto-Paketshop, Friseur und SB-Filiale der Sparkasse. Des Weiteren das Siedler-Denkmal mit Sitzgelegenheit. Die vorhandenen Bäume sind intakt, die Einrahmung des Grüns voraussichtlich aus den 70/80er Jahren.

Was gibt es für Möglichkeiten, um den Platz aufzuwerten? Ein Austausch des alten Pflasters in ein neues attraktives Pflaster, was aber an der Funktion nichts verändern würde. Evtl. den Grünstreifen in ein Hochbeet umzugestalten ist leider nicht möglich, da die Bäume im unteren Stammbereich lt. Bereich Grün vernässen würden. Weitere Querungshilfen könnten lt. den Verkehrsplanern, falls nötig, durchaus eingerichtet werden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit auf die Längsparkstreifen zu verzichten, um dort Bäume zu pflanzen. Um die vorgenannten Maßnahmen vorzunehmen, wären die Umbaumaßnahmen nur nach und nach möglich. Allerdings weist Frau Zodet darauf hin, dass der Platz vom Prinzip her nicht kaputt sei und die finanziellen Mittel daher nicht zur Verfügung stehen würden.

Alternativ schlägt sie folgende Maßnahmen vor:

- mittel- bis langfristig die Idee mit der Baumpflanzung an den Längsparkstreifen zu verfolgen
- nach und nach einzelne Maßnahmen, teilweise evtl. auf privater Basis (z. B. Initiativen, Projekt)
- Platz einmal grundsätzlich reinigen zu lassen, durch Auftragsvergabe an die Stadtreinigung. Eigentlich ist die regelmäßige Reinigung des Gehweges Aufgabe der Eigentümer und in einer Satzung festgelegt.
- Ausstattung mit zeitgemäßerer Sitzgelegenheiten
- Bücherschrank, evtl. als Projekt von Schulen
- Möblierung mit Pflanzboxen (urban gardening). Allerdings müssten vor Aufstellung solcher Boxen schon Paten für diese gefunden werden, evtl. Kindergärten. Ortsvorsteher Andreas Rennig erklärt sich bereit, den Erstkontakt mit den Einrichtungen herzustellen.
Frau Zodet und Frau Gopalan werden sich nochmals über die genaue Vorgehensweise beim Bereich Grün informieren.

Dies sind die Vorschläge/Maßnahmen, die Aussicht haben, auch zeitnah umgesetzt werden zu können.

Die Antragsteller bedanken sich bei Frau Zodet und Frau Gopalan für ihre detaillierten Aus-

führungen und regen an den Bereich als Platz umzuwidmen, z. B. als Gedenk-Platz (Person), um die Anlieger von der Reinigungspflicht zu befreien, u. a. weil dies auch eine sehr große Fläche ist, die gereinigt werden muss (z. B. Herbst/Winter).

Ebenfalls wird angeregt für kleinere Kinder sogen. Wackel/Drehobjekte zu installieren, wie sie z. B. in der Innenstadt vorhanden sind.

Kritisiert wird aus den Reihen des Ortsbeirates, dass viele Gehwegplatten nicht in Ordnung sind, dass, das als „Rahmengrün“ bezeichnete Grün einmal Gehweg war. Die Gehwegplatten wurden dann – als sie defekt waren – entfernt und die Fläche mit Split eingeebnet. Aufgrund der mangelnden Pflege hat sich dieses „Rahmengrün“ aus Unkraut gebildet. Jedes Jahr werden 1-2 Parkflächen entlang der Bäume neu asphaltiert, weil quadratmeterweise die Parkfläche nur noch aus Beton-Bruchstücken bestehen würde.

Hier stellt sich die Frage, ob es nicht vernünftiger wäre – auch in finanzieller Hinsicht - nicht immer nur Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen.

Auch wird es als nicht zumutbar empfunden, dass die Geschäfte im Herbst und im Winter die Gehwegflächen über ca. 10-15 m sauber zu halten haben. Primär ist die mangelnde Pflege der Grünfläche dafür verantwortlich (da der Gehweg durch Samenauswurf verunkrautet) und nicht zumutbar, die Reinigung den Ladenbesitzern/Eigentümern aufzuerlegen.

Eine Umwidmung bzw. eine Änderung der Satzung, z. B. als „Platz der Siedler-Familie“ oder eines angesehenen Bürgers der Niederfeldsiedlung, wäre aus Sicht des Ortsbeirates sinnvoll.

Ortsvorsteher Andreas Rennig teilt in Bezug auf Patenschaften mit, dass in seiner Sprechstunde schon Bürger Bereitschaft gezeigt hätten, für z. B. für Baumpflanzungen zu spenden. Des Weiteren wirft er die Frage auf, ob auf dieser großen, nicht schönen Fläche die Möglichkeit hinsichtlich der Gestaltung mit Farbe besteht, z. B. ein Schachspiel. Frau Zodet und Frau Gopalan werden sich erkundigen.

Ortsvorsteher Andreas Rennig und die Fraktionen bedanken sich bei Frau Zodet und Frau Gopalan für ihre ausführlichen Informationen.

zu 6 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Einrichtung eines Behindertenparkplatzes in der Kärntnerstraße

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellung der Verwaltung (Bereich Straßenverkehr), die folgendes mitteilt:

Der Antrag wurde im Rahmen einer Ortbesichtigung überprüft. Es wurde festgestellt, dass in dieser Straße, von der Schlesier Straße bis Salzburger Straße, schon ein eingeschränktes Haltverbot (VZ 286) vorhanden ist.

Dieses berechtigt jede behinderte Person, die über eine Parkerleichterung für Behinderte

- Gelb (Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein)
- Orange (für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland)
- Blau (Europaweit)

verfügt, vor Ort bis zu 3 Stunden unter Auslegung der Parkscheibe zu parken.

Das heißt, schon heute können Fahrzeuge von diesem Personenkreis betreffend legal abgestellt werden. Ein allgemeiner Behindertenparkplatz, der nur von behinderten Personen genutzt werden kann, die über eine blaue Parkerleichterung verfügen, bedarf es daher nicht.

Aufgrund der obigen Ausführung bedarf es keiner weiteren Regelung, so dass sich der Antrag erübrigt.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 7 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Querungshilfe Ahornweg-Leininger Straße-Friesenheimer Weg

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Stadtplanung), die folgendes mitteilt:

Die Situation wurde von der Straßenverkehrsbehörde und der Verkehrsplanung vor Ort überprüft.

Die Situation ist nicht mit der in der Wollstraße vergleichbar, da es sich in der Leininger Straße um Richtungsfahrbahnen handelt, d.h. es gibt keinen Gegenverkehr. Die Fahrbahnen in der Leininger Straße sind knapp 3,50m breit, so dass eine weitere Reduzierung - auch in Anbetracht des fehlenden Gegenverkehrs - keinen Sinn macht. Der daneben laufende Radstreifen ist in seiner Breite zu belassen.

Die Sichtverhältnisse sind grundsätzlich gut. Die Kurve ist - von der Mittelinsel aus - auf einer Länge von ca. 75m einsehbar. Auf der gegenüber liegenden Seite (Haus der Gesundheit) beträgt die Sichtweite auf den ankommenden Verkehr ca. 85m. Querende Fußgänger haben durch den Mittelstreifen bereits den Vorteil, dass sie jeweils nur auf eine Richtung achten müssen und die zu querende Fahrbahnbreite entsprechend reduziert ist. Aus Sicht der Fachstellen kann die Situation dennoch dadurch weiterhin verbessert werden, indem in der Kurve ein Hinweis auf Fußgänger per Verkehrszeichen (VZ 133-20) erfolgen soll. Das VZ 133-20 soll danach zusätzlich als Piktogramm auf der Fahrbahn wiederholt werden. Die Beschilderung sowie das Piktogramm sind auch für die Gegenrichtung vorgesehen.



Des Weiteren wurde beobachtet, dass einige Fahrzeuge beim Wenden im Bereich der Umfahrung den gepflasterten Bereich der Mittelinsel mitbenutzen. Dies stellt aus fachlicher Sicht ein gewisses Gefahrenpotenzial dar und soll durch den Einbau von Pollern unterbunden werden.

Der Bereich Straßenverkehr wird hier entsprechend anordnen.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 8 Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Ortstermin wegen Überdachung an der Bushaltestelle Gartenstadt/ Marien-
krankenhaus**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Tiefbau), die folgendes mitteilt:

In der Sitzung des Ortsbeirates vom 13.09.2019 hatte die Stadtverwaltung bereits mitgeteilt, dass an den sehr schmalen Gehwegen im Bereich der Bushaltestelle Marienkrankenhaus wegen der vorhandenen Strom- und Telekommunikationsleitungen, den Baumstandorten, die vorhandenen Schaufenster der Geschäfte, dem Blindenleitsystem sowie den erforderlichen Mindestgehwegbreiten für Rollstuhlfahrer keine zusätzlichen Fahrgastunterstände eingebaut werden können.

Zur Erläuterung der genannten Zwangspunkte vor Ort stehen wir gerne zur Verfügung.

Der Antragsteller ist mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden, da er der Meinung ist, das besonders an diesem Knotenpunkt eine Überdachung bzw. Schutz erforderlich ist.

Aus diesem Grund bittet der gesamte Ortsbeirat um einen Ortstermin für die Bushaltestelle Marienkrankenhaus.

**zu 9 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Bushaltestelle Niederfeldstraße/ Karlsbader Straße**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Tiefbau) die folgendes mitteilt:

Um den Umbaubedarf hinsichtlich der Barrierefreiheit von Bushaltestellen zu ermitteln, wurde eine Bestandsanalyse der vorhandenen Haltepositionen im Stadtgebiet durchgeführt. Derzeit gibt es im Stadtgebiet von Ludwigshafen insgesamt 370 Bushaltepositionen. Der Bestand der 370 Haltepositionen wurde hinsichtlich der Barrierefreiheit in unterschiedliche Prioritätsstufen unterteilt. Die Haltestelle Niederfeld ist hierbei einer der höchsten Stufen zugeordnet. Dies bedeutet, dass der barrierefreie Umbau vermutlich Ende 2021/Anfang 2022 erfolgen wird. Die Stadt erhält für den Ausbau vom Land entsprechende Fördermittel in Höhe von 85

Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Pauschalierte Fördermittel werden dabei auch für die Errichtung von Fahrgastunterständen gewährt.

Sollte die Installation eines Unterstandes im Vorgriff erfolgen, würde die Stadt auf Fördermittel verzichten, was bei der derzeitigen Haushaltssituation gegenüber der Kommunalaufsicht nicht vertretbar wäre. Die Errichtung eines Fahrgastunterstandes ist mit Kosten in Höhe von ca. 10.000 EUR verbunden.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

**zu 10 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Instandsetzung des Spielplatzes in der Dackenheimer Straße**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Bauverwaltung), die folgendes mitteilt:

Danke für den Hinweis, der Spielplatz bedarf einer Überarbeitung. Die Umgestaltung dieses Spielplatzes ist jedoch mittelfristig nicht geplant. Wir können Sie auf den Spielplatz Edenkobener/Maudacher Straße hinweisen, hier sind Spielmöglichkeiten vorhanden. Weiterhin haben wir im vergangenen Jahr den Spielplatz Buchenstraße neu ausgestattet.

Wir vermerken Ihren Antrag, eine Planung ist jedoch bis Mitte 2021 nicht möglich.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 11 Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Grünpflege der Sitzinseln auf dem Grünstreifen Raschigstraße**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Bauverwaltung), die folgendes mitteilt:

Die betroffenen Flächen und Sitzrondelle in der Raschigstraße befanden sich im vergangenen Jahr 2019 in der Fremdvergabe.

In diesem Jahr werden die Rondelle mit den Spielpunkten wieder durch den Bereich Grünflächen und Friedhöfe gepflegt.

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden und weist auf akut bestehenden Pflegemängel in dem Bereich hin.

**zu 12 Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Aufräumarbeiten vor dem Volkshaus Gartenstadt**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik), die folgendes mitteilt:

Das Volkshaus Gartenstadt steht seit der Betriebsaufgabe durch die LUKOM und Rückgabe an die Stadt Ludwigshafen im Oktober 2015 in der Leerstandsverwaltung.

Der WBL Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik ist von dem Bereich Gebäudemanagement zur Säuberung des angrenzenden Gehweges entlang des Grundstückes Königsbacher Str. 12 (Volkshaus Gartenstadt) beauftragt.

Der an das Grundstück angrenzende Gehweg hin zur Königsbacher Straße und zum Weißdornhag wird einmal wöchentlich gesäubert.

Aufgrund des FWG-Antrages wurde am Dienstag, den 18.02.2020, die Örtlichkeit geprüft. Aktuell befanden sich die Gehwege zu beiden Straßen in einem sauberen Zustand (Bilder beigefügt). Kleinere Äste auf dem Gehweg Weißdornhag (Windbruch aufgrund des Sturmes) wurden entfernt.

Für das Grundstück selbst, mit Gebäude, Vorplatz und Freifläche auf der Rückseite, wird das Gebäudemanagement, die von der FWG-Ortsbeiratsfraktion genannten Zustände, vor Ort prüfen und die Aufräumarbeiten innerhalb des Grundstücks entsprechend beauftragen.

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden, sondern wünscht Aufräumarbeiten des Grundstücks.

zu 13 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Baumfällungen in der Gartenstadt

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Grünfläche und Friedhöfe), die folgendes mitteilt:

Zu 1. Jederzeit können Spenden zweckgebunden für die Nachpflanzung von Bäumen an Straßen oder in Grünanlagen auf das städtische Konto unter Angabe des Spendenzwecks abgegeben werden. Weiter ist es möglich Mittel auf das Konto des Grünen Kreises e.V. für die Lieferung von Bäumen zu überweisen. Diese werden dann in Abstimmung mit dem Bereich Grünflächen und Friedhöfe sowie dem Grünconsulting auf städtischen Flächen gepflanzt und gepflegt.

Zu 2. Spenden für Baumpflanzungen können jederzeit über den Grünen Kreis e.V. erfolgen, siehe Punkt 1.

Zu 3. Im Straßenraum gilt es, abgesehen von dem Benefizwert der Bäume, was den Einfluss auf Lebens- und Wohnqualität betrifft, auch die Blicksituationen zu bewerten. Sträucher im Straßenprofil sind oftmals ungeeignet, da sie den Blick versperren. An Stellen, an denen kein Baum nachgepflanzt werden kann, werden Rankgerüste mit Kletterpflanzen gesetzt. Die Nachpflanzung eines Baumes hat immer Vorrang, wenn es die Lage der Leitungen zulässt. Im Bebauungsplan sind Bäume in den Straßenräumen oftmals festgesetzt und so nachzupflanzen. In den Grünanlagen kann freier agiert werden, in Bezug auf die Entscheidung Baum oder Strauch.

Der Antragsteller ist mit Antwort zufrieden.

Ortsvorsteher Andreas Rennig regt eine Aufklärung evtl. durch Flyer an, um die Bürger von der Möglichkeit zur Übernahme einer Baumpatenschaft zu informieren.

**zu 14 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Flächen zur Nutzung für die Artenvielfalt**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Grünfläche und Friedhöfe), die folgendes mitteilt:

Der operative Bereich Grünflächen und Friedhöfe sondiert bereits heute schon Flächen aus und setzt nachhaltige, ökologische Maßnahmen in Form von Blüh- und Wiesenflächen um. Somit leistet der Bereich einen Beitrag im Rahmen der Grünpflege zur ökologischen Vielfalt. Dies betrifft vornehmlich auch nur Teilbereiche oder Teilflächen in Rand- oder Übergangsbereichen zu Gehölz-, Baum- oder Strauchflächen.

Im urbanen Stadtgefüge unterliegen Grünflächen vielen unterschiedlichen Funktionen. Nicht auf jeder Fläche ist eine ökologische Maßnahme zur Förderung der Artenvielfalt möglich. Bei der Auswahl einer Fläche muss die Funktion, bspw. Gestaltungs-, Park-, -oder Spielflächen, berücksichtigt werden.

Vorschläge für die Extensivierung von Flächen können gerne an die Mailadresse: gruenflaechen-friedhoefe@ludwigshafen.de gesendet werden.

Wir werden die Vorschläge intern prüfen.

Ludwigshafen beabsichtigt kein Mitglied zu werden. Ludwigshafen organisiert die Zielsetzung Natur pur und Eh da-Flächen eigenständig.

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden, da seine Frage nicht beantwortet ist und möchte gerne wissen, bei welchen Flächen konkret geeignet sind.

Des Weiteren möchte der gesamte Ortsbeirat Frau Bindert zur nächsten Sitzung am 15.05.2020 einladen, um das komplette Grünkonzept für die Gartenstadt vorzustellen.

**zu 15 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Nächtliche Schüsse im Maudacher Bruch**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Umwelt), die folgendes mitteilt:

Beim Bereich Umwelt oder beim Bereich Ordnung gibt es keine Hinweise auf nächtliche Schüsse im Maudacher Bruch. Eine andere Geräuschquelle, die als Ursache in Frage kom-

men könnte, ist hier auch nicht bekannt.

Der zuständige Jagdpächter teilt auf Nachfrage mit, dass zu diesen Zeiten im Maudacher Bruch nicht gejagt wird.

Vor einigen Jahren gab es schon einmal eine Meldung zu Schüssen in diesem Bereich. Der Vollzugsdienst konnte vor Ort in der Nacht 3 laute Schüsse wahrnehmen, die Ursache konnte damals jedoch nicht festgesellt werden.

Ungenehmiger Schusswaffenbesitz/-gebrauch stellt eine Straftat dar. Die Abwehr und Verfolgung von Straftaten obliegt der Polizei.

Nach telefonischer Rücksprache mit dem Sachbearbeiter bei der Polizeiinspektion 1, Ludwigshafen, gab es bisher auch dort keine Meldungen auf Schüsse im Maudacher Bruch. Die Polizei empfiehlt dringend, sie umgehend zu verständigen, sobald Schüsse wahrgenommen werden.

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden und würde sich nächtliche Kontrollen wünschen.

**zu 16 Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Dynamische Fahrgastanzeige (DFI-Light) an der Haltestelle Marienkrankenhaus**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme von der rnv (Abt. Angebots- und Produktentwicklung), die folgendes mitteilt:

Für den Aufbau von DFI light Einheiten im Verkehrsgebiet konnte sich die rnv Fördermittel des Bundes im Rahmen des „Saubere-Luft-Programms“ sichern. Die Nebenbestimmungen des Förderprogramms fordern eine europaweite Ausschreibung der Lieferleistung. Die rnv hat mit Datum 04.03.2019 die Leistung ausgeschrieben und am 06.10.2019 den Zuschlag erteilt. Ab dann wurde die Produktion beim Lieferanten gestartet. Die ersten Einheiten sind Ende Januar 2020 geliefert worden und nach Montage der Komponenten in die Gehäuse kann nun die sukzessive Ausstattung von Haltestellen beginnen. Die Realisierung der DFI light Einheiten an der Haltestelle Marienkrankenhaus ist für Mitte/Ende März, voraussichtlich in der KW 12 vorgesehen.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 17 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Kontrollen im Volkspark**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Öffentliche Ordnung), die folgendes mitteilt:

Der Stadtteil Gartenstadt wird regelmäßig durch den Kommunalen Vollzugsdienst-KVD innerhalb der allgemeinen Sicherheitsstreifen (ASS), donnerstags, zwischen Königsbacher Straße, Schlehengang und Hochfeldstraße, wegen Hundekot etc. bestreift.

Der Volkspark wird seit 2019 durch die Anlagenaufseher der Abteilung Grünconsulting kontrolliert. Aufgrund begrenzter personellen Ressourcen erfolgt die Kontrolle des Volksparks zweimal die Woche. In absehbarer Zeit können die Kontrollen planmäßig wieder dreimal pro Woche erfolgen.

Es werden Verstöße gegen die Grünanlagensatzung kontrolliert, z.B. nicht angeleinte Hunde, Ablagerung von Abfall und Lärmen. Die Kontrollen werden entsprechend dokumentiert.

Wir schlagen vor, in akuten Fällen den Kommunalen Vollzugsdienst unter 504-3471 anzurufen und sich wegen der generellen Probleme an die Abteilung Grünconsulting zu wenden. Alle Kontrollen/Feststellungen des KVD, werden an die Fachbehörden schriftlich weitergeleitet.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
17:05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 09.03.2020

Brigitte Kachelmeier-Schmitt
Schriftführer

Andreas Rennig
Vorsitzende/r